

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

zunächst konnten wir in dieser Woche den herausragenden Wahlsieg von Olaf Scholz in Hamburg feiern. Die absolute Mehrheit für die SPD ist ein großartiger Auftakt für das Wahljahr 2011.

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat konnte am Mittwoch endlich dem Kompromisspaket zur Neugestaltung der Grundsicherung zustimmen. Es folgten Bundesrat und Bundestag am Freitag dieser Woche. Das alles war ein zähes Ringen. Die SPD hat von Anfang an ihre Verhandlungsbereitschaft und ihre Kompromissfähigkeit deutlich gemacht. Wir haben immer wieder trotz verfahrenerer Situationen und widersprüchlicher Positionen der schwarz-gelben Koalition konstruktive Alternativvorschläge eingebracht. Wir haben, als Schwarz-Gelb die Verhandlungen vorsätzlich abbrach, mit Kurt Beck eine neue Initiative gestartet. Ein Leben führen zu müssen, in dem man auf Hartz-IV-Zahlungen angewiesen ist, belastet die Menschen. Umso wichtiger ist es, dass hier keine Willkür herrscht und dass die Leistungen ausreichen, um würdig zu leben und die echte Chance gesellschaftlicher Teilhabe zu haben. Beim Regelsatz sind unsere verfassungsrechtlichen Zweifel nicht ausgeräumt, dass es an Transparenz fehlt. Die Bundesregierung hat auf ihrer Rechtsauffassung beharrt und sie ist es, die dafür grade stehen muss, wenn es zu neuen Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht kommt.

Am Mittwoch haben wir bei der Protestaktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor dem Bundeskanzleramt deutlich gemacht, dass wir die Forderungen der Gewerkschaften nach gleichem Lohn für Leiharbeiterinnen und –arbeitnehmer teilen und unterstützen. In den Hartz-IV-Verhandlungen konnte die SPD gegen den Widerstand von Union und FDP immerhin einen Mindestlohn für die Leiharbeit durchsetzen. Beim Thema „gleiche Bezahlung“ von Leiharbeitskräften und Stammbeschafteten war eine Einigung allerdings an der Blockade von Schwarz-Gelb gescheitert. Aber unser Einsatz für die Bekämpfung des Missbrauchs der Leiharbeit geht weiter. Wir stellen uns gegen Lohndumping und den Austausch von Stammbeschafteten durch geringer entlohnte und schlechter abgesicherte Beschäftigung. Wir wollen sichere und fair bezahlte Arbeit. Dazu gehören der Mindestlohn und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Weitere wichtige Themen in dieser Woche war die aktuelle Situation in Libyen. Die SPD-Bundestagsfraktion verurteilt aufs Schärfste die brutale Gewalt, mit der in Libyen gegen Demonstranten vorgegangen wird. Den Menschen, die gegen Unrecht, Korruption, Armut und Perspektivlosigkeit auf die Straße gegangen sind und ihre Rechte eingefordert haben, gehört unser voller Respekt und unsere Unterstützung. Wir brauchen einen strategischen Ansatz, der darauf zielt, die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften zu unterstützen. Frank-Walter Steinmeier und Günter Gloser haben dazu ein Positionspapier vorgelegt. Ihr Vorschlag: ein Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum.

Außerdem haben wir uns anlässlich der Fragestunde und einer Aktuellen Stunde mit dem „Fall“ Guttenberg befasst. Die Universität Bayreuth hat mittlerweile seinen Dokortitel aberkannt, weil er „in erheblichem Umfang“ gegen wissenschaftliche Pflichten verstoßen habe. Zu Guttenberg hat in der Aktuellen Stunde bestritten, dass er dies bewusst getan habe. Mit dieser Aussage hat er seine Glaubwürdigkeit endgültig verloren. Niemand kann allen Ernstes glauben, dass man aus Versehen 270 von 400 Seiten mit fremdem geistigen Eigentum füllen kann. Ein Minister,

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE VERA NICOLAY, ANJA LINNEKUGEL, STEFAN HINTERMEIER

TELEFON (030) 227-510 99 E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 25.02.2011, 12.00 UHR

der seine Glaubwürdigkeit verloren hat, ist nicht in der Lage die Bundeswehr durch eine der schwierigsten Phasen zu führen. Das wurde auch in der Debatte am Donnerstag zur Aussetzung der Wehrpflicht deutlich. Bisher gibt es nur Ankündigungen, ein konkretes Konzept, das all die offenen Fragen beantwortet, liegt nicht vor. Es ist richtig, dass man für das Amt des Verteidigungsministers keinen Dokortitel braucht, aber man braucht Glaubwürdigkeit, Ehre, Respekt, Autorität und Anstand.

Eure Petra Ernstberger

Inhaltsverzeichnis

02	Topthema: Hartz-IV-Kompromiss: Verbesserungen für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kinder und Kommunen	09	Gleichberechtigung in Entwicklungsländern
04	Eine Frage der Ehre	19	Keine Ausschreibungspflicht für Leistungen der Integrationsfachdienste
05	Nahost: Chance für Demokratie und Menschenrechte nutzen	10	Konsequenz aus Zugunglück von Hordorf ziehen
07	Missbrauch der Leiharbeit verhindern	11	Kein Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr
08	Gesetzliche Quote in Aufsichtsräten und Vorständen		

TOPTHEMA

Hartz-IV-Kompromiss: Verbesserungen für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kinder und Kommunen

Nach einer monatelangen Blockade durch Schwarz-Gelb haben wir endlich einen Kompromiss in den Verhandlungen über das Hartz-IV-Paket erzielt. Die SPD hat echte Fortschritte für Arbeitnehmer, für Arbeitslose, für Ehrenamtliche, für bedürftige Kinder und für die Kommunen erzielt. Das hilft allen Menschen in Deutschland.

- Für Arbeitnehmer: Wir haben Mindestlöhne für 1,2 Millionen Beschäftigte durchgesetzt, in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche.
- Für Arbeitslose: Hartz IV steigt rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro. Außerdem gibt es neben der regulären Erhöhung um die Preis- und Lohnentwicklung zum 1. Januar 2012 eine Sonderanpassung um weitere 3 Euro.

- Für Ehrenamtliche: Aufwandsentschädigungen für Übungsleiter werden zukünftig bis zu 175 Euro nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet.
- Für Kinder: Wir haben das Bildungspaket kräftig ausgebaut. 500.000 bedürftige Kinder werden zusätzlich am Bildungspaket teilhaben. Der Bund übernimmt die Kosten für 3.000 Schulsozialarbeiter, die sich künftig um Kinder und Jugendliche an Schulen in sozialen Brennpunkten kümmern. Bedürftige Kinder erhalten ein kostenloses Mittagessen in Schulen, Kitas und Horten.
- Für Kommunen: Der Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten der Grundsicherung im Alter. Die Kommunen werden dadurch beginnend ab 2012 um 1,2 Milliarden Euro bis zur vollen Summe von 4 Milliarden Euro pro Jahr ab 2014 entlastet. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes.

Der jetzt gefundene Kompromiss wurde am 25. Februar 2011 in Bundestag und Bundesrat verabschiedet.

Keine faulen Kompromisse

Keine Einigung gab es beim Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Hier hat sich die FDP bis zuletzt allen vernünftigen Lösungen widersetzt. Wir sind nicht bereit, schlechte Kompromisse auf Kosten der Leiharbeiter einzugehen. Wir kämpfen deshalb zusammen mit den Gewerkschaften weiter für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Verzögerung durch Uneinigkeit der schwarz-gelben Koalition

Die Verhandlungen über die Regelsätze haben sich monatelang verzögert. Die fortgesetzte Handlungsunfähigkeit des Regierungslagers hat die Suche nach einem Kompromiss erschwert und verzögert. Grund war insbesondere die Blockade der FDP gegen jeden sozialen Fortschritt und die offene Uneinigkeit zwischen Bundes- und Landesebene der Union. Am 8. Februar hatte die Bundesregierung die Verhandlungen vorsätzlich abgebrochen. Durch die Initiative der SPD und auf Vermittlung des Rheinland-Pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck kamen die Gespräche wieder in Gang.

Klare Ziele und Kompromissbereitschaft der SPD

Die SPD hatte klare Ziele im Vermittlungsverfahren: Wir wollten erreichen, dass das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und auf gleiche Teilhabe an Bildung und am gesellschaftlichen Leben tatsächlich erfüllt wird. Und wir haben gefordert, Armut auch dort zu bekämpfen, wo Menschen trotz Arbeit hilfsbedürftig sind. Denn wir wollen die Abhängigkeiten von staatlichen Sozialtransfers verringern. Die SPD hat von Anfang an ihre Bereitschaft zum Kompromiss deutlich gemacht und durch konstruktive Alternativvorschläge in den Verhandlungen belegt, dass wir nicht an fruchtlosen Schaukämpfen, sondern am Ergebnis interessiert sind.

Gute Verhandlungen mit den Grünen

Wir haben die Verhandlungen in enger und guter Zusammenarbeit mit den Grünen geführt. Am Ende konnten die Grünen dem gefundenen Kompromiss nicht zustimmen. Das bedauern wir. Grund waren die Zweifel der Grünen an der Verfassungsmäßigkeit des Regelsatzes. Tatsächlich bleiben hier offene Fragen hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Berechnungsmethoden. Die Bundesregierung hat an dieser Stelle auf ihrer Rechtsauffassung beharrt. Sie trägt die volle Verantwortung und das Risiko bei einer erneuten verfassungsrechtlichen Überprüfung der Regelsätze.

Ein Erfolg für Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kinder und Kommunen

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse sind ein Erfolg für die 1,2 Millionen Arbeitnehmer, die jetzt Mindestlöhne bekommen. Gewonnen haben auch arbeitslose Menschen, die einen höheren Regelsatz erhalten. Zu den Gewinnern gehören die Kinder erwerbsloser Eltern, die ein besseres Bildungspaket bekommen. Und schließlich profitieren die Kommunen, weil der Bund die Grundsicherung im Alter übernimmt.

Insgesamt haben wir sozialen Fortschritt in Deutschland durchgesetzt. Das ist ein Erfolg für die SPD. Dieser Erfolg ist zum guten Teil der Beharrlichkeit und Geschlossenheit in der sozialdemokratischen Verhandlungsführung um Manuela Schwesig und Kurt Beck zu verdanken.

(ausführliche Informationen zum Thema unter www.spdfraktion.de)

AKTUELLE STUNDE

Eine Frage der Ehre

Am 23. Februar fand im Bundestag eine Aktuelle Stunde auf Initiative von SPD und Grünen zu den Verfehlungen von Verteidigungsminister zu Guttenberg beim Verfassen seiner Doktorarbeit statt.

Guttenberg hat getäuscht, betrogen und gelogen

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann erinnerte in seiner Rede daran, dass Guttenberg vor gut einer Woche die ersten Plagiatsvorwürfe noch als abstrus abtat. Der Verteidigungsminister hätte beteuert, seine Doktorarbeit sei seine eigene Leistung. Heute wisse man, so Oppermann, dass 100 Seiten der Arbeit von Wissenschaftlern, Politikern, Journalisten und Studenten abgeschrieben wurden ohne dies zu kennzeichnen. Täglich würden neue Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes bekannt, die Guttenberg ohne Genehmigung und ohne Kenntlichmachung in seine Arbeit übernommen habe, mittlerweile seien es sechs.

Mit der Wahrheit rücke Guttenberg nur dann raus, „wenn die Beweislast erdrückend“ sei. Wer über 100 Seiten kopiere, wer sechs wissenschaftliche Gutachten einbaue mache keine Fehler oder zitiere fahrlässig. Derjenige betreibe vorsätzlich und planmäßig die Übernahme fremden Gedankenguts. Diese Arbeit sei in großen Teilen nicht Guttenbergs Leistung. „Sie haben getäuscht. Sie haben betrogen. Sie haben gelogen“, warf Oppermann dem Verteidigungsminister vor.

Er stellte die Frage, wie Guttenberg noch Respekts- und Autoritätsperson für die Soldaten sein könne, die sich nicht durchmogeln, sondern ihre Pflicht tun wollen. „Jeder Soldat wäre entlassen worden. Jeder Schüler wäre durch die Abiturprüfung gefallen und jeder Student wäre von der Universität geflogen. Und weil das so ist, darf es in Deutschland keine Sonderrechte für Minister geben“, sagte Oppermann. Satiriker würden schon spotten: Wenn Guttenberg sich damit rausreden wolle, er hätte nur schlampig zitiert, dann würden sich künftig diejenigen, die des Ladendiebstahls überführt wurden, rausreden „sie hätten nur schlampig eingekauft“.

Fundamentalewerte einer bürgerlichen Gesellschaft sollten auch für die bürgerliche Koalition gelten

Die Entscheidung der Bundeskanzlerin, dass ein „akademischer Hochstapler und Lügner“ weiter dem Kabinett angehören darf, bezeichnete Oppermann als unerträglich. Doch noch schlimmer sei die Begründung, die Bundeskanzlerin hätte keinen wissenschaftlichen Assistenten eingestellt, sondern einen Verteidigungsminister. Der Mensch Guttenberg sei nicht teilbar in einen „akademischen Hochstapler und in einen veritablen Verteidigungsminister“. Die Aufrichtigkeit, die Ehrlichkeit, die Wahrhaftigkeit seien doch auch nicht teilbar. „Wahrhaftigkeit, Schutz von Eigentum, auch Respekt für geistiges Eigentum – für Leistungen anderer – das sind doch keine austauschbaren Werte. Das sind Fundamentalewerte einer bürgerlichen Gesellschaft und sie sollten es auch für eine bürgerliche Koalition sein“, stellte Oppermann klar. Er wisse nicht, ob der Bundeskanzlerin und der Wissenschaftsministerin bewusst sei, welchen gewaltigen Flurschaden sie im Bereich der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses

angerichtet hätten. „Ausgerechnet Sie wollen Deutschland zur Bildungsrepublik machen. Mit Schummeln und Mogeln zerstören Sie die Wissenschaftskultur und sie zerstören die Basis für intellektuelle Redlichkeit in diesem Land“, sagte Oppermann.

Hans-Peter Bartels machte in seinem Redebeitrag deutlich, dass die Bundeswehr einen Minister brauche, dessen Worte etwas bedeuten. Guttenberg rede zwar vor der Bundeswehrhochschule von „Wahrheit und Klarheit“. Doch seine ehrenwörtliche Erklärung zu seiner Doktorarbeit sei nicht wahr. Der Minister spreche von „Führen durch Vorbild“ – doch eine Doktorarbeit durch Täuschung sei ein jämmerliches Vorbild. Auch sonst zeige sich immer wieder das Wort von Guttenberg gelte nichts. Egal ob bei der Abschaffung der Wehrpflicht, in der Kundus-Affäre, zu den Vorfällen auf der Gorch Fock oder bei der Bundeswehrreform.

Es gehe in der Debatte um die Glaubwürdigkeit der Politik erklärte Karl Lauterbach in seinem Beitrag. Die Entschuldigung des Ministers wäre in Ordnung, wenn Guttenberg nun auch zurück trete. Denn es gelte „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.“ Guttenberg lüge weiter und bleibe im Amt. Egal ob Richter, Lehrer oder auch ein Manager in einem Unternehmen, alle hätten für dieses Fehlverhalten die Kündigung bekommen. „Einzig im Kabinett Merkel behält man bei Betrug seinen Job“, sagte Lauterbach. Das schade auch dem deutschen Wissenschaftsstandort.

Die Beweislage sei erdrückend machte auch Burkard Lischka deutlich. Guttenberg hätte im großen Stil abgekupfert und so getan als sei es sein eigenes Werk. Wäre so etwas im eigenen Umfeld des Ministers passiert, hätte Guttenberg die Person längst gefeuert und den Vorgang als „unhaltbar“ bezeichnet. Weiter führte Lischka aus, man könne seine Doktorarbeit nicht zurück geben. Es gebe keine „Guten-Ruf-zurück-Garantie“. Bei Guttenbergs Doktorarbeit handele es sich um Betrug. Die sechs übernommenen Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages seien vom Steuerzahler bezahlt worden. Und der Steuerzahler wolle schon wissen, was er zur Arbeit von Herrn Guttenberg beigetragen hätte. „Der Deutsche Bundestag ist kein Selbstbedienungsladen“, hielt Lischka Guttenberg vor.

Nahost: Chance für Demokratie und Menschenrechte nutzen

In einer Aktuellen Stunde am 24. Februar zur Lage in Libyen verurteilte die SPD-Bundestagsfraktion aufs Schärfste die brutale Gewalt, mit der in Libyen gegen Demonstranten vorgegangen wird. Sie begrüßt, dass die Arabische Liga ein Zeichen gesetzt und Libyen ausgeschlossen hat. Auch der UN-Sicherheitsrat hat gefordert, dass die Gewalt sofort beendet und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Nun muss die EU ebenfalls klar Stellung beziehen und darauf drängen, dass die Bevölkerung medizinisch und humanitär versorgt werden kann.

Seit kurzem ist im Nahen Osten nichts mehr, wie es war. Wir freuen uns über das Ende der autoritären Herrschaft in Tunesien und Ägypten und verfolgen zwischen Bangen und Hoffen die Demonstrationen in den anderen Ländern der Region. Es ist eine Bewegung aus dem Volk heraus, ansteckend über die Grenzen hinweg, mächtigen Polizei- und Armeekräften trotzend. Die Bewegung birgt Risiken, aber noch mehr Chancen - für die Freiheit, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und für ein besseres Leben.

Den Menschen, die gegen Unrecht, Korruption, Armut und Perspektivlosigkeit auf die Straße gegangen sind und ihre Rechte eingefordert haben, gehören unser voller Respekt und unsere Unterstützung. Zugleich trauern wir um die vielen Opfer in Tunesien, Ägypten und Libyen. Gefahr für die protestierenden Menschen besteht auch in Algerien, Marokko, Jordanien, in

Palästina, Bahrain, Katar, im Jemen, in Saudi-Arabien und in Djibuti. Auch in diesen Staaten gibt es Verwundete und Tote. Wir fordern die Regierungen dieser Staaten auf, keine Gewalt gegen friedliche Demonstranten anzuwenden.

Die künftige Entwicklung im Nahen Osten liegt voll in der Eigenverantwortung der jeweiligen Staaten. Ohne bevormundend zu sein, sollte die Europäische Union jedoch aktiv den politischen Wandel begleiten. Zunächst allerdings muss sie ihre eigene Glaubwürdigkeit wiedergewinnen: Zu eng war die Kooperation mit den korrupten Regimen der Region. Solange deren Machthaber westlich orientiert waren und vermeintliche islamistische Gefahren einzudämmen schienen, wurden sie als Partner akzeptiert.

Auch in der EU-Flüchtlingspolitik waren und sind die Maghreb-Staaten begehrte Partner, um Migranten aus (Nord-)Afrika abzuhalten. Hier wurden menschenrechtlich fragwürdige Kompromisse geschlossen. Zwar mahnten die EU beziehungsweise ihre Mitgliedsstaaten die Einhaltung der Menschenrechte regelmäßig an. Spürbare Konsequenzen hatten Menschenrechtsverletzungen für die Regierungen jedoch nicht. Hier muss die Europäische Mittelmeerpolitik beziehungsweise die Nachbarschaftspolitik insgesamt neu justiert werden.

Aus den Reformbewegungen werden nicht automatisch rechtsstaatlich orientierte Regierungen entstehen. Zu lange wurden und werden in der Region oppositionelle Gruppierungen unterdrückt, als dass diese nun sofort perfekt organisiert in ein demokratisches System starten könnten. Deshalb muss die EU eng mit den Reformkräften zusammenarbeiten, damit demokratische Grundlagen geschaffen und Meinungs- und Pressefreiheit sowie Versammlungsfreiheit künftig voll gewährleistet werden. Wichtigster Schritt aber muss zunächst die Freilassung aller politischen Gefangenen sein.

Freie Wahlen, Menschenrechte und Demokratie sind wichtige Forderungen an die Regierungen der Region. Die Zukunft in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen Ländern wird jedoch wesentlich von der Verbesserung der sozialen Lage der Menschen und den beruflichen Perspektiven der Jugend abhängen. Politische und bürgerliche Rechte ohne bessere Lebensbedingungen werden die Menschen nicht zufriedenstellen. Hier ist auch die Bundesregierung gefordert. Bislang tritt sie gegenüber den Reformbewegungen in der Region äußerst zögerlich auf, und zu den flüchtlingspolitischen Vorschlägen der südeuropäischen EU-Staaten verhält sie sich abwehrend.

Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, sich konstruktiv und solidarisch auf die neue politische Situation im Nahen Osten einzulassen. Ihre gegenwärtige abwartende und abwehrende Haltung ist politisch und menschenrechtlich kontraproduktiv.

Ein Marshall-Plan für den Mittelmeerraum

Europa hat gegenwärtig selbst eine schwere Krise zu bewältigen. Gerade darum fordern wir: Die EU und die Regierungen in Europa dürfen jetzt nicht den Fehler begehen, sich nur um die eigenen Probleme zu kümmern. Die Beschäftigung nur mit sich selbst wäre ein historischer Fehler. Die Entwicklung in der arabischen Welt birgt für Europa große Chancen wie Risiken. Es liegt im ureigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interesse der EU, den Menschen in der Mittelmeerregion die Hand zu reichen. Die Entschlossenheit der EU wird mit darüber entscheiden, ob es gelingt, die Chancen des Aufbruches zu nutzen oder ob enttäuschte Hoffnungen von Millionen junger Menschen in Extremismus, Instabilität und massenhafte Flucht umschlagen.

Europa und die Bundesregierung müssen jetzt umdenken. Wir brauchen einen strategischen Ansatz, der darauf zielt, die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften kraftvoll, schnell und über einen längeren Zeitraum hinweg zu unterstützen: einen Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum.

Wir fordern deshalb:

- einen Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs, von dem das klare Signal ausgeht, dass Europa die Dimension der Entwicklung in der arabischen Welt erkennt und die politische Konsequenz daraus zieht: eine umfassende, gesamteuropäische Förderung von Demokratisierung und Modernisierung in der Mittelmeerregion;
- die Förderung der Reform staatlicher Strukturen muss erheblich intensiviert werden. Das betrifft Verfassungsrevisionen, Reformen des Wahlrechts, des Polizei- und Justizwesens und die Durchführung von Wahlen. Dabei müssen Fachleute aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, Mittlerorganisationen und die politischen Stiftungen eine tragende Rolle spielen und finanziell dazu in die Lage versetzt werden. Es reicht nicht, hierfür wenige Millionen aus dem laufenden Bundeshaushalt „zusammenzukratzen“.
- Die junge Generation in der arabischen Welt will eine gute Zukunftsperspektive. Die EU muss dabei helfen mit einer viel engeren Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft, angefangen mit konkreten Angeboten für den akademischen Austausch. Dazu gehören auch Visaerleichterungen für junge Akademiker.
- Im Zentrum aller Anstrengungen muss der Wirtschaftsaufbau stehen. Unabdingbar hierfür ist ein regionaler Entwicklungsfonds, der so ausgestattet wird, dass er seiner Aufgabe gerecht werden kann. Die bislang vorgesehenen Mittel für die Europäische Nachbarschaftspolitik reichen dafür nicht aus. Die Vergabe der Mittel muss nach strategischen Prioritäten erfolgen. Künftig wird mehr Geld dort eingesetzt, wo mehr für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft geleistet wird. So wird gute Regierungsführung belohnt und Einmischung oder Belehrung vermieden.
- Die geschwächten Volkswirtschaften der südlichen Mittelmeer-Anrainer brauchen jetzt schnelle unbürokratische Hilfe. Deshalb müssen Investitionshilfen für deutsche und europäische Unternehmen, die in der Region tätig werden wollen, bereit gestellt werden, aber auch für kleine und mittlere Firmen der betroffenen Länder selbst.
- Der Abbau von Handelshemmnissen und das Projekt einer euro-mediterranen Freihandelszone müssen mit Macht vorangetrieben werden.
- Die Kooperation in wirtschaftlichen Schlüsselfeldern muss mittelfristig ausgebaut werden. Einem Leuchtturmprojekt wie der Solarenergie-Initiative Desertec müssen ähnlich ambitionierte Projekte in anderen Bereichen folgen.

Die EU und die Regierungen in Europa stehen gemeinsam in der Verantwortung. Jetzt ist die Zeit zu handeln. Wir Europäer sind gefordert, die in Mittel- und Osteuropa gewonnenen Erfahrungen bei der Unterstützung von Transformationsprozessen für die arabische Welt fruchtbar zu machen. Wir brauchen einen Neustart der Mittelmeerunion.

ARBEIT

Missbrauch der Leiharbeit verhindern

Die SPD kämpft weiter gegen den Missbrauch der Leiharbeit. In der Debatte am 24. Februar zum schwarz-gelben Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes übten die Rednerinnen und Redner der SPD noch einmal heftige Kritik an der Blockade von Union und FPD beim Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Während die Gewerkschaften bundesweit Protestaktionen gegen prekäre Beschäftigung durchführten, debattierte der Deutsche Bundestag am Donnerstagnachmittag über den Missbrauch der Leiharbeit. Auf der Tagesordnung stand die erste Lesung eines Gesetzentwurfs der Koalition, mit dem notwendige EU-Vorgaben umgesetzt werden sollen, sowie ein Antrag der SPD „Missbrauch der Leiharbeit verhindern“ (Drs. 17/4189).

Der Mindestlohn ist überfällig

„Wir dürfen es nicht zulassen, dass Zeit- und Leiharbeit das größte Scheunentor für Lohndumping wird“, forderte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil in der Debatte. Deshalb ist der Mindestlohn gerade in der Leiharbeitsbranche schon lange überfällig, um den schlimmsten Missbräuchen zu begegnen. Die Zeit drängt: Denn ab Mai 2011 gilt in Europa die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ohne Mindestlohn wird das Lohnniveau in Deutschland von Billiganbietern unterlaufen.

Im Rahmen der Verhandlungen zur Reform der Grundsicherung ist es der SPD gelungen, gegen den hartnäckigen Widerstand von Union und FDP einen echten Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche durchzusetzen. Die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anette Kramme erinnerte in der Debatte daran, dass sich die Koalition gerade mal auf einen „Referenzlohn“ einlassen wollte, der in der Wirklichkeit sogar hätte unterschritten werden können. Am Ende war die SPD erfolgreich: Künftig bildet der jeweilige tarifliche Mindestlohn die absolute Lohnuntergrenze (ab 1. Mai 2011: 7,79 Euro/West, 6,89 Euro/Ost) und gilt nicht nur für die Zeit des Einsatzes beim entleihenden Unternehmen, sondern vor allem auch für die verleihsfreie Zeit. Dadurch wird extremes Lohndumping in Zukunft verhindert.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Rednerinnen und Redner der SPD-Fraktion machten in der Bundestagsdebatte aber auch deutlich, dass es mindestens genauso wichtig ist, dass künftig alle Leiharbeitskräfte und die Stammbeschafteten gleich behandelt werden. Dazu gehört vor allem, dass das Prinzip „Gleiche Arbeit, gleiches Geld“ nach einer kurzen Einarbeitungszeit ohne Ausnahme gelten muss. Nur so kann erreicht werden, dass Beschäftigungsverhältnisse zweiter Klasse in der Leiharbeit endgültig der Vergangenheit angehören. „Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht eher ruhen, bis wir den Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ durchgesetzt haben – für Männer und Frauen genauso wie in der Zeit- und Leiharbeit“, sagte Hubertus Heil.

Leiharbeitnehmer stärken

Anette Kramme bekräftigte außerdem weitere Forderungen, die die SPD-Fraktion in ihrem Antrag in den Bundestag eingebracht hatte. Dazu gehört vor allem, dass Leiharbeiterinnen und -arbeiter mehr Mitbestimmungsrechte erhalten, grundsätzlich unbefristet beim Verleiher angestellt werden müssen und nicht länger als ein Jahr als Leiharbeitskräfte in einem Entleihbetrieb tätig sein sollen. Sofern der Arbeitskraftbedarf im Entleihbetrieb über ein Jahr andauert, müssten Leiharbeiter einen Anspruch erhalten, dort eine Festanstellung zu bekommen, so Kramme.

FRAUEN

Gesetzliche Quote in Aufsichtsräten und Vorständen

Damit mehr Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen vertreten sind, bedarf es gesetzlicher Regelungen. Denn Deutschland hat erhebliche Defizite bei der Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft. So stagniert der Anteil von Frauen in Führungspositionen auf niedrigem Niveau. Die im Juli 2001 getroffene Freiwillige Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Privatwirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern hat keine nennenswerten Fortschritte erbracht. Im Gegenteil, nach fast 10 Jahren müssen wir feststellen: Freiwilligkeit führt nicht zu mehr Gleichberechtigung. Nach wie vor sind Aufsichtsräte und Vorstände von Aktiengesellschaften fest in der Hand von Männern.

Umso unverständlicher ist es, dass die Bundesregierung am Prinzip der Freiwilligkeit festhält. Damit sich an dieser Situation etwas ändert, bedarf es gesetzlicher Regelungen zur Einführung einer Quote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände, so wie sie schon mehrere europäische Länder beschlossen haben. Dazu haben wir am 25. Februar einen Antrag „Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“ (Drs. 17/4683) beraten. Die Umsetzung der Quotenregelung für die Aufsichtsräte durch die Einführung einer Stichtagsregelung ist spätestens für das Jahr 2015 gesetzlich zu verankern. Es muss eine Regelung getroffen werden, dass neben dem bzw. der Vorstandsvorsitzenden jeweils ein Stellvertreter dem anderen Geschlecht angehören muss. Die Ausgestaltung der Quotenregelung muss dabei bei Aufsichtsräten sowohl die Anteilseignerseite wie die Arbeitnehmerseite betreffen und die Regelung der Quote für die Vorstände muss in gesetzlich festgelegten Schritten erfolgen. Entsprechende Sanktionsregelungen bei Nichteinhaltung sind vorzusehen.

Gleichberechtigung in Entwicklungsländern

In unserem Antrag „Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen“ (Drs. 17/4846) beleuchten wir die Situation von Frauen in den Entwicklungsländern insbesondere in Politik, Verwaltung und Justiz, das Thema Gewalt gegen Frauen, ihre Gesundheit, Familienplanung und ihre sexuellen Rechte, sowie ihre Betroffenheit durch Klimawandel. Unser Ziel ist eine zwischen allen nationalen und internationalen Ebenen abgestimmte geschlechtersensible Entwicklungszusammenarbeit, um die Gleichberechtigung als Motor der Entwicklung auch im Sinne der Umsetzung der UN-Millenniumsentwicklungsziele voranzutreiben.

Die Bundesregierung muss die Mittel dafür in angemessener Höhe und verlässlich zur Verfügung stellen. Hierfür soll sie unter anderem regelmäßig die Auswirkungen der Ausgaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf die weltweite Gleichberechtigung und die Stärkung der Rechte und der Rolle der Frauen analysieren und die Zielgröße „Gender“, die bis 2009 im Einzelplan 23 mit 60 Millionen Euro veranschlagt war, wieder in den Bundeshaushalt aufnehmen und erhöhen. Die Bundesregierung soll auch die von der Bundeskanzlerin auf dem G 8-Gipfel 2010 in Kanada zugesagten zusätzlichen 80 Millionen Euro jährlich zur Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit tatsächlich in den Bundeshaushalt einstellen. Wir fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, sich bei entwicklungspolitischen Maßnahmen dafür einzusetzen, dass die Belange von Frauen und Mädchen angemessene Berücksichtigung finden und vor allem die gesundheitliche Versorgung von Frauen und Mädchen inklusive umfassendem Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung wie Verhütungsmitteln und Aufklärung gewährleistet sind.

SOZIALES

Keine Ausschreibungspflicht für Leistungen der Integrationsfachdienste

Die Integrationsfachdienste sind für die Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben schwerbehinderter Menschen unverzichtbarer Bestandteil der Struktur und des Teilhabegedankens des SGB IX. Mit ihnen hat der Gesetzgeber eine Dienstleistungsstruktur geschaffen, die unter Beteiligung von Betroffenen besonders intensive und kompetente Hilfestellungen für schwerbehinderte Menschen erbringen und ebenso kompetente Ansprechpartner für Arbeitgeber sind.

Die Aufträge für Vermittlungsleistungen der Integrationsfachdienste konnten bisher im Wege der freihändigen Vergabe vorrangig durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) an die Integrationsfachdienste ausgereicht werden. So konnte eine qualitativ hochwertige Struktur entstehen, die mit der Einführung der zwingenden Ausschreibung nun in Gefahr gerät. Die Anwendung der Ausschreibung für die Vergabe von IFD-Leistungen wird vom zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales fälschlicherweise für verbindlich und alternativlos gehalten. Dies gilt besonders für Aufträge der BA. Die Problematik wird zusätzlich dadurch verschärft, dass die BA in 2010 mit der Umsetzung des neu eingeführten Instruments der Maßnahmen der Aktivierung und beruflichen Eingliederung ihr Konzept für Vermittlungsdienstleistungen generell und somit auch für schwerbehinderte Menschen umstellt.

Künftig werden Vermittlungsmaßnahmen ausgeschrieben, die neben dem Vermittlungsauftrag zum Beispiel auch die Feststellung, Verringerung und Beseitigung von Vermittlungshemmnissen als Inhalt der Maßnahmen haben werden. Die Ausschreibung von Leistungen ist in dem Bereich der individuellen Dienstleistungen für schwerbehinderte Menschen nicht geeignet, erfolgreich die Vermittlung und Begleitung am Arbeitsmarkt zu organisieren. Erforderlich ist eine Betreuungskontinuität – beginnend von der ersten Kontaktaufnahme über die Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt bis hin zu begleitenden Hilfen.

Die Einführung der Ausschreibungspflicht gefährdet daher das grundlegende Ziel der Beauftragung von Integrationsfachdiensten: die Vermittlung von schwer behinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Wir greifen mit unserem am 24. Februar debattierten Antrag (Drs. 17/4847) u. a. den einstimmigen Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz aus dem November 2010 auf. Wir fordern die Bundesregierung auf, durch entsprechende Rechtsänderungen dafür Sorge zu tragen, dass die BA künftig wieder Aufträge zur Vermittlung schwerbehinderter Menschen an Integrationsfachdienste freihändig vergeben kann. Wir fordern auch den generellen Ausschluss von Ausschreibungen im sozialen Bereich, wenn eine Ausschreibung der Leistungen angesichts der Besonderheit des Einzelfalles fachlich nicht vertretbar ist. Die Bundesregierung soll darüber hinaus dem Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag einen regelmäßigen Bericht über die Praxis der Vergabe im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich, auch im europäischen Vergleich, übermitteln.

VERKEHR

Konsequenz aus Zugunglück von Hordorf ziehen

Am 25. Februar hat der Bundestag unseren Antrag „Konsequenz aus dem Zugunglück von Hordorf ziehen“ (Drs. 17/4854) debattiert. Am 29. Januar kam es auf der eingleisigen Hauptstrecke Magdeburg – Halberstadt bei Hordorf zu einem folgenschweren Zugunglück. Dabei kollidierten ein Güterzug und ein Personenzug. Zehn Menschen wurden getötet. Die bisherige Aufklärung der Unglücksursache hat ergeben, dass der Lokführer des Güterzugs sowohl das Vor- als auch das Hauptsignal der Überleitstelle Hordorf missachtet hat.

Die Strecke Magdeburg – Halberstadt ist nicht durchgängig mit einem System zur Zugbeeinflussung ausgerüstet. Nach heutigem Kenntnisstand hätte das Zugunglück von Hordorf bei einer entsprechenden Ausstattung der Signale mit der Punktförmigen Zugbeeinflussung (PZB 90) verhindert werden können. Denn das System löst eine Zwangsbremmung aus, wenn ein rotes Signal überfahren wird. Die ungenügende Ausrüstung des Streckennetzes der ehemaligen Deutschen Reichsbahn mit einem Zugbeeinflussungssystem war bekannt und ist eine Altlast, die auch 20 Jahre nach Vollendung der Deutschen Einheit nicht vollständig beseitigt ist. Dabei entsprach das System zur Zugbeeinflussung im Netz der Deutschen Bundesbahn bereits Ende der 80er Jahre dem Stand der Technik. Obwohl seit 1990 rund 25 Milliarden Euro für den

Aus- und Neubau des ostdeutschen Eisenbahnnetzes investiert wurden, unterblieb bis heute die Angleichung des Sicherheitsstandards bei der Streckenausrüstung mit einem Zugbeeinflussungssystem. Selbst auf Hauptstrecken die im Güterverkehr stark genutzt werden, wie der Halle-Kasseler-Bahn, fehlt auf weiten Abschnitten die Zugbeeinflussung.

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf:

- Die Eisenbahn- Bau- und Betriebsordnung (EBO) so anzupassen, dass alle Hauptbahnen unverzüglich mit Zugbeeinflussungsanlagen ausgerüstet werden müssen. Für Nebenbahnen mit Personenverkehr soll eine Nachrüstung mit einer an die betrieblichen Erfordernisse angepassten Sicherungstechnik vorgeschrieben werden.
- Die Mittel für die Nachrüstung von bundeseigenen Schienenwegen im Rahmen der 2,5 Milliarden Euro Zuschüsse des Bundes an die DB Netz AG im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) bereitzustellen.
- Den Finanzbedarf für die Nachrüstung von Strecken von nicht bundeseigenen Eisenbahninfrastrukturunternehmen durch ein unabhängiges Gutachten ermitteln zu lassen und in Abstimmung mit den Bundesländern eine Finanzierungslösung zu finden.

Durch eine Nachrüstung mit PZB 90 wird nicht nur die Eisenbahnsicherheit verbessert. In einigen Fällen kann auch die Streckengeschwindigkeit ohne weiteren Ausbau auf 120 km/h angehoben werden. Davon profitieren die Fahrgäste durch kürzere Reisezeiten. Dies nutzt aber auch den Betreibern, da sie ggf. Umläufe einsparen können, wodurch auch der Zuschussbedarf durch die öffentliche Hand sinkt.

VERTEIDIGUNG

Kein Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr

Am 24. Februar 2011 hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung das Wehrrechtsänderungsgesetz der Bundesregierung beraten. Damit soll die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft und durch einen freiwilligen Wehrdienst für die Dauer von sechs bis 23 Monaten ersetzt werden. Diese Umstellung soll nach dem Willen des Verteidigungsministers bereits zum 1. April 2011 erfolgen. Bislang zeichnet sich ab, dass viel zu wenig junge Menschen Interesse an einem freiwilligen Wehrdienst haben. Denn der Verteidigungsminister hat kein Konzept für die Nachwuchsgewinnung und auch die Rahmenbedingungen für den Dienst sind unklar.

Verteidigungsminister Guttenberg scheint an vielen Stellen überfordert zu sein. Das Gravierende ist aber, dass die Bundeswehr dadurch Schaden nimmt. Nach neun Monaten Debatte um die Neuausrichtung der Bundeswehr hat der Minister noch nichts zustande gebracht. Es fehlen Konzepte und Gesetze, um den Dienst für Freiwillige attraktiver zu machen. Der Heeresinspekteur räumt nun ein, dass der Bundeswehr die Rekruten ausgehen und dass sie 2012 nicht mehr genügend Soldaten für den Afghanistan-Einsatz aufbringen wird.

Als oberster Dienstherr ist es die Pflicht von Guttenberg, sich um die Nachwuchsgewinnung, Attraktivität und die Fortentwicklung der Truppe zu kümmern. Das Unvermögen des Ministers schadet der Bundeswehr und der Sicherheit Deutschlands.

Schlecht vorbereitete Reform

Sigmar Gabriel hat den Verteidigungsminister in der Debatte aufgefordert, die Reform zu verschieben, weil sie schlecht vorbereitet ist und unter unnötigen Zeitdruck gestellt wurde. Mit der Definition der Aufgaben der Bundeswehr, der Festlegung der dafür nötigen Ausrüstung und Personalgewinnung sowie der damit verbundenen Kosten solle Guttenberg erst einmal die Voraussetzungen für die Reform schaffen. Es sei ein Fehler, auch mit Blick auf die Sicherheit

des Landes und der Soldatinnen und Soldaten, die Bundeswehr zum Sparschwein der Haushaltskonsolidierung zu machen.

Die SPD hatte 2007 auf Grund der Schwierigkeiten mit der Wehrgerechtigkeit, die Beendigung der Wehrpflicht vorgeschlagen. Dies sei in der Großen Koalition von der Union abgelehnt worden. Dass sie jetzt dazu bereit ist, unterstützt die SPD natürlich. Doch dürfe die Erfolgsgeschichte der Bundeswehr nicht beendet werden. Gabriel erklärte, dass dazu der Dienst in der Bundeswehr attraktiver gemacht werden müsse, damit auch weiterhin der Nachwuchs aus allen Schichten gewonnen werden könne. Damit es nicht zu einer Negativauslese komme, müsse die Bundeswehr eine Qualifizierungsarmee werden.

Die Änderung des Wehrrechts dürfe nicht dazu führen, dass Soldaten leichtfertiger in gefährliche Auslandseinsätze geschickt würden. Sie dürften nicht schlechter ausgebildet oder ausgestattet werden. Doch der Beginn der Bundeswehrreform zeige, dass sich Bundesregierung und Verteidigungsminister von der Bundeswehr abwenden. Für die SPD ist die Sicherheit des Landes und der Soldatinnen und Soldaten der wichtigste strategische Parameter. Bundesregierung und Verteidigungsminister verwechseln die Reihenfolge. „Sie entscheiden zuerst über drastische Einsparungen und wundern sich dann, dass die Bundeswehr ihre Aufgaben nicht erfüllen kann“, sagte Gabriel. So hätte der Verteidigungsminister erst vollmundig behauptet, mit der Reform als Sparaktion mehr als acht Milliarden für den Haushalt erbringen zu können. Inzwischen hätte Guttenberg zugeben müssen, dass die Reform Geld kosten wird.

Ohne eine deutlich bessere Bezahlung, Angebote für Ausbildung und Studium nach der Zeit bei der Bundeswehr werde der Verteidigungsminister keinen Nachwuchs für die Bundeswehr gewinnen.

Das Maßnahmenpaket von Guttenberg besteht nur aus Floskeln und wolkigen Worten. Es findet sich z. B. nichts dazu, wie denn die Attraktivität der Bundeswehr erhöht werden soll. Andere positive Vorschläge wie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden unter den Finanzierungsvorbehalt des Finanzministers gestellt. Das zeigt, Guttenberg betreibt Camouflage, denn er hat als Verteidigungsminister seinen Job nicht gemacht. Der Verteidigungsminister kann keine Antwort zur künftigen Struktur der Bundeswehr und ihren Standorten geben. Er hat weder ein Konzept zur Nachwuchsgewinnung noch eines zur Finanzierung. Obwohl die Bundeswehrreform bereits zum 1. April 2011 starten soll, bleibt Guttenberg die Antworten schuldig.

Bundesfreiwilligendienst: „teure Doppelstruktur“

Die Aussetzung der Wehrpflicht hat auch die Aussetzung des Zivildienstes zur Folge. Die SPD-Fraktion fordert, dies als Chance zu nutzen, um die bestehenden Jugendfreiwilligendienste zu stärken und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement insgesamt zu verbessern. Schwarz-Gelb will einen neuen „Bundesfreiwilligendienst“ einführen. Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs im Bundestag am 24. Februar warf die SPD der Koalition vor, damit bürokratische und teure Doppelstrukturen zu schaffen.

Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf sieht vor, dass jährlich bis zu 35.000 Männer und Frauen einen freiwilligen Dienst leisten können, vor allem im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich. Die Dauer des Dienstes soll in der Regel sechs bis 18 Monate betragen. Der Dienst soll für alle Altersgruppen offen sein. Der Bundesfreiwilligendienst soll an die Stelle des Zivildienstes treten, der ebenso wie die Wehrpflicht zur Jahresmitte ausgesetzt werden soll. Das bisherige Bundesamt für den Zivildienst soll künftig den Bundesfreiwilligendienst verwalten.

Mit dem Bundesfreiwilligendienst schaffen Union und FDP einen staatlichen Dienst, der neben die bewährten Formate Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) tritt. Diese Doppelstruktur wird mehr Bürokratie und mehr Kosten verursachen.

Verunsicherung bei Jugendlichen und Trägern

Innerhalb von wenigen Monaten sind fünf verschiedene Modelle in der Debatte gewesen – von der Verkürzung des Zivildienstes, über die Aussetzung bis hin zum Bundesfreiwilligendienst. Dadurch ist eine große Verunsicherung bei Jugendlichen und Trägern entstanden. Auch darüber wie der Bundesfreiwilligendienst organisiert werden soll besteht weiterhin keine Klarheit.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Vor allem aber moniert die SPD, dass Familienministerin Schröder die Aussetzung des Zivildienstes nicht als Chance genutzt hat, um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement insgesamt zu verbessern. Eine breite Debatte wäre wünschenswert, beispielsweise um die Frage zu beantworten, welche Tätigkeiten im Zivildienst künftig in sozialversicherungspflichtige Jobs umgewandelt werden könnten. Außerdem fordert die SPD-Fraktion schon seit längerem, die bestehenden Jugendfreiwilligendienste auszubauen und ihre Attraktivität für junge Menschen zu stärken. All das ist von Schwarz-Gelb nicht zu erwarten. Es reicht aber nicht aus, den Zivildienst einfach nur durch einen „Bundesfreiwilligendienst“ zu ersetzen. Notwendig ist ein Gesamtkonzept zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements insgesamt.